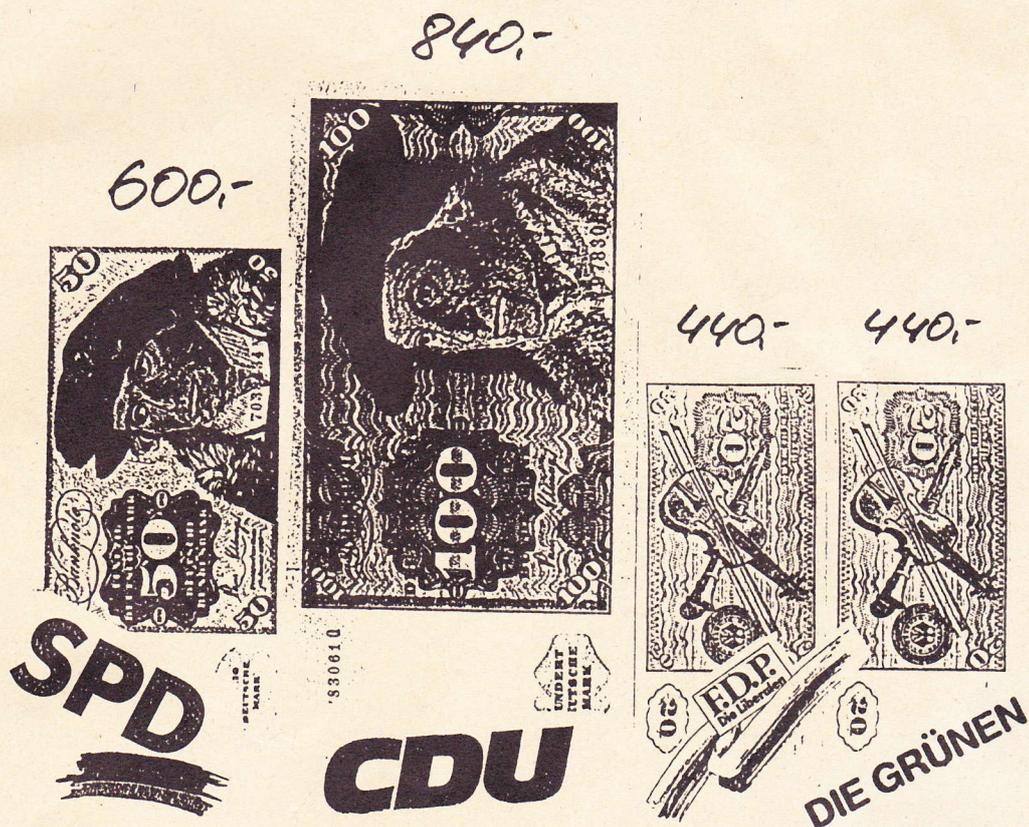


Die Brennessel

Zeitung der Salzkottener GRÜNEN

Ausgabe: Mai 90

Nr. 7



Wer die Macht hat, der kriegt das meiste Geld

Seit den Kommunalwahlen im letzten Herbst ist es im Salzkottener Rat mit der Zwei-Parteien-Landschaft endgültig vorbei. Jetzt sitzen neben CDU und SPD auch FDP und Grüne im Stadtparlament. Der CDU-Mehrheitspartei ist diese unliebsame Konkurrenz ein Dorn im Auge. Und

Fortsetzung auf Seite 2

Aus dem Inhalt

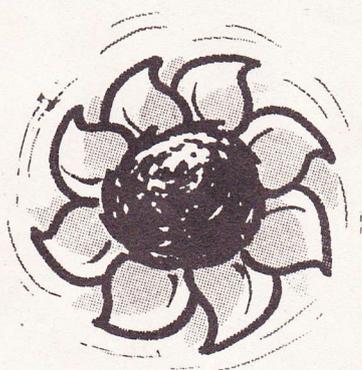
Der Fall Breithaupt und die Hintergründe ...Seite 4
Abfallberatung - für die CDU kein Thema ...Seite 6
B1 neu - Gefahr für die Hederauen ...Seite 8
Neue Wohngebiete in Flughafennähe? ...S.12

Fortsetzung von Seite 1

sie hatte schon kurz nach der Wahl ein Mittel gefunden, um der Opposition das Leben zu erschweren - zumindest finanziell.

Erstmals wurde in Salzkotten die Aufwandsentschädigung für die Fraktionsvorsitzenden nach Größe der Fraktion gestaffelt. Der CDU-Vorsitzende sollte - wie bisher - 840 DM pro Monat bekommen, während sich die SPD mit der Hälfte und FDP sowie Grüne mit einem Viertel davon begnügen sollten.

Die Art und Weise, in der hier die CDU ihre Macht ausspielte, um der Opposition finanziell zu schaden, hat aber ihrem eigenen Ansehen bei den Bürgern geschadet. Als dann noch die FDP Klage gegen diese Ungerechtigkeit einreichte beim Verwaltungsgericht, lenkte Bürgermeister Konrad Rump ein: Auf seinen Vorschlag hin beschloß der Rat eine neue Regelung - aber immer noch eine Staffelung. Die CDU liegt - wie könnte es anders sein - noch immer bei 840 DM, während sich die kleinen Parteien mit 440 DM zufrieden geben sollen. Die Begründung der CDU: Die Fraktionsvorsitzenden kleiner Parteien hätten doch erheblich weniger Arbeit als der Vorsitzende der 23-köpfigen CDU-Fraktion. Dabei hat die bisherige Erfahrung der Grünen mit der



Ratsarbeit gezeigt, wie mühsam sich die Opposition ihre Informationen zusammensuchen muß, während sich die CDU die Schularbeiten von der Verwaltung machen läßt.

Es ist nicht Absicht der Grünen, angesichts der miserablen Haushaltslage um jeden Preis Geld aus der Stadtkasse zu ziehen. Aber wir wollen eine Gleichbehandlung. Wir

Liebe Brennessel- LeserInnen,

gestreßt von mehr als einem halben Jahr intensiver Ratsarbeit, ist es den Grünen Salzkotten nun doch noch gelungen, eine frische Ausgabe auf den Markt zu werfen. Unser Ziel - vier Ortszeitungen pro Jahr - streben wir nach wie vor an, können aber für nichts garantieren. Wir hoffen trotzdem, daß Ihnen die neue Brennessel noch so manches nahe bringen kann, was Sie noch nicht gewußt haben. Auch wir freuen uns über ein Echo von unseren Leserinnen und Lesern.

Die Redaktion

sind keine minderwertige Fraktion! Wir halten einen einheitlichen Betrag von 550 DM für jeden Fraktionsvorsitz für ausreichend. Das macht pro Monat 2200 DM für alle vier Fraktionen. Das CDU-Modell kostet die Stadt dagegen 2320 DM. Außerdem: Wenn die CDU schon staffeln will, soll sie das doch auch bei den Bürgermeister-Stellvertretern tun. Die kriegen nämlich alle beide 840 DM im Monat, obwohl der 2. Stellvertreter so gut wie nie zum Einsatz kommt. Aber diese Staffelung würde ja auch einen CDU-Mann treffen, und zwar den stellvertretenden Bürgermeister Toni Schröder. Doch wenn es um die eigenen Leute geht, hat die Sparsamkeit der CDU ihre Grenzen schnell erreicht. Ob sich das, was die CDU sich hier unter Gerechtigkeit vorstellt, vor Gericht halten läßt, muß sich zeigen.

Grüne Einzelkämpfer sind unersetzlich

Neben vielen anderen Schwierigkeiten muß die Fraktion der Grünen in Salzkotten auch noch mit dem Handicap zurechtkommen, ohne Stellvertreter in den Ausschüssen auskommen zu müssen. Der Hintergrund ist folgender: Die dreiköpfige Fraktion ist wegen ihrer kleinen Zahl in den Ausschüssen nur mit jeweils einem Fraktionsmitglied vertreten. Im Rat kann man sich zwar laut Gemeindeordnung nicht vertreten lassen, wohl aber im Ausschuß. Doch die CDU-Mehrheit lehnte bisher alle Anträge der Opposition ab, VertreterInnen benennen zu dürfen. Bisher hat es das in Salzkotten zwar auch nicht gegeben - aber bisher gab es auch noch nicht so kleine Fraktionen im Rat. Betroffen sind davon die Grünen und die FDP: wenn deren reguläres Ausschußmitglied an einer der Ausschußsitzungen nicht teilnehmen kann, dann ist niemand aus der Fraktion in dem betreffenden Ausschuß mit Sitz und Stimme vertreten. Daß das auch bei sorgfältiger Terminplanung zu Problemen führen muß, ist logisch- insbesondere dann, wenn Sitzungen außer der Reihe anberaumt werden. Es ist sogar theoretisch möglich, die Grünen oder die FDP bei einer bestimmten Ausschußsitzung bewußt auszuklammern - beispielweise, wenn eine Sitzung kurzfristig angesetzt wird in einem Zeitraum, in dem das einzige Ausschußmitglied der Fraktion mit Sicherheit verhindert ist. Die Grünen haben sich deshalb inzwischen an die Kommunalaufsicht beim Kreis Paderborn gewandt, wo beim ersten Nachfragen die Salzkottener Regelung doch auf einiges Befremden stieß. Aktueller



DER DIALOG ...



UND ... LOG ...



UND ... LOG ...



... MIT DEM WÄHLER!

Anlaß war eine Werksausschußsitzung am 3. April, an der die Grünen ohne eigenes Verschulden nicht teilnehmen konnten. Die Bitte der Fraktion, deshalb einem anderen grünen Ratsmitglied Vertretungsrechte einzuräumen, wurde abgelehnt.

Ein Wort zum Thema Fassadenbegrünung:

"Neben den bekannten Möglichkeiten, wie z.B. der Schaffung von Parkanlagen, Straßenbegleitgrün und Gärten, gibt es auch die immer häufiger zum festen Bestandteil kommunaler Grünpolitik werdende Maßnahme der Fassadenbegrünung". Das stammt aus dem Vorwort von Stadtdirektor Helmut Potthast zum Salzkottener Umwelttip Nr. 3 "Fassadenbegrünung". Der Verwaltungschef sollte diese Ratschläge mal für die eigene Arbeitsstätte beherzigen: Das Sälzer Rathaus hat die kahlste Betonfassade weit und breit!

Geheimniskrämerei um Befangenheit des CDU-Ratsherrn Breithaupt

Peinlich, peinlich war das der CDU Salzotten und der Verwaltung. Und dem entsprechend wurde die Angelegenheit auch wie eine Geheimsache behandelt. Die Rede ist von der Beschwerde der Salzottener Grünen bei der Kommunalaufsicht



wegen der Mitwirkung des CDU-Ratsherrn und Schulausschußvorsitzenden Klaus Breithaupt an einem Ratsbeschluß, aus dem er sich laut Gemeindeordnung hätte heraushalten müssen. Der Beschluß wurde auf Anraten des Oberkreisdirektors schließlich wiederholt.

Es ging um die Erweiterung der Salzottener Liboriussschule, immerhin ein Projekt von mehr als 5 Millionen DM mit entsprechendem Architektenhonorar. Breithaupt hatte die Pläne dafür am 14. September 1989, also zwei Wochen vor der Kommunalwahl, als planender Architekt vorgestellt und auch an der anschließenden Abstimmung teilgenommen, allerdings mit einer Stimmenthaltung. Dieses Verfahren, laut Gemeindeordnung eindeutig nicht zulässig, fiel lediglich einer Vertreterin der Grünen im Zuschauerraum auf, nicht aber den beiden damaligen Ratsparteien CDU und SPD. Die Grünen reichten Beschwerde ein.

Der Oberkreisdirektor ließ sich mit der Antwort allerdings Zeit. Erst am 11. Dezember erhielt Grünen-Ratsfrau Elisabeth Rottmann Bescheid. Ihr wurde jedoch lediglich mitgeteilt, der OKD habe den Stadtdirektor über das Ergebnis der Prüfung unterrichtet und ihn gebeten, das erforderliche zu veranlassen. Auch Stadtdirektor Potthast mauerte: Frau Rottmann habe

keinen Anspruch darauf, über das Ergebnis unterrichtet zu werden. Auch gegenüber der Presse zeigten sich die beiden Beamten außerordentlich zugeknöpft.

Trotz des Protestes der Grünen wurde der Bescheid des OKD nur unter Ausschluß der Öffentlichkeit im Rat auszugsweise bekanntgegeben. Grünen-Ratsfrau Rottmann gelang es erst einen Monat später mit Unterstützung von FDP und SPD-Ratsmitgliedern, Einblick in den

den Bescheid über die Prüfung zu bekommen. Dieses Recht auf Akteneinsicht ist in der Gemeindeordnung verankert und muß gewährt werden, wenn mindestens ein Fünftel der Ratsmitglieder das



Abdanken !!

verlangt. Allerdings unterliegt das, was das Ratsmitglied bei dieser Akteneinsicht erfährt, wiederum strengster Geheimhaltung.

Der Grund für dieses merkwürdige Versteckspiel ist natürlich im Ergebnis der Prüfung durch die Kommunalaufsicht zu suchen. Denn der OKD hat eindeutig festgestellt, daß Breithaupt sowohl in der Ratssitzung am 14.9. als auch in der vorrausgegangenen Schulausschußsitzung rechtswidrig mitabgestimmt hat. Und das hätte in beiden Sitzungen schon von der Verwaltung beanstandet werden müssen. Eine rechtliche Grundlage dafür, diese Blamage vor der

Öffentlichkeit geheimzuhalten, gibt es nicht. Die hochinteressanten Einzelheiten des OKD-Bescheides müßen wir unseren Lesern hier leider vorenthalten, da auch wir solange an diese unsinnige Geheimhaltung gebunden sind, wie der Rat sie nicht ausdrücklich aufhebt.

Eines haben die Grünen mit ihrer Beschwerde auf jeden Fall erreicht: In Rat und Ausschüßen wird seitdem peinlich genau auf eventuelle Befangenheiten ageachtet. Die CDU hat allerdings Interessenskonflikte im Falle Breithaupt vorprogrammiert. Sie machte ihm nach der Kommunalwahl erneut zum Schulausschußvorsitzenden.

Vorwurf an Architekturbüro: Arbeiten ohne Rücksprache mit der Stadt in Auftrag gegeben

Wirbel um Verner Sporthalle: Politiker verärgert

Salzkotten (mbr). Vor knapp einem halben Jahr wurde sie feierlich eingeweiht – jetzt hat die neue Sporthalle in Verne nachträglich noch einmal ordentlich Staub aufgewirbelt, und zwar im nichtöffentlichen Teil der jüngsten Sitzung des Salzkottener Hauptausschusses. Der Grund: In der Schlußabrechnung des Architekturbüros Breithaupt tauchen Mehrkosten in Höhe von über 120 000 Mark auf. An und für sich nicht weiter schlimm, da der Gesamtrahmen des Kostenvoranschlages trotz dieser Mehrkosten nicht über-

sritten wurde. Was im Ausschuß aber besonders für Verärgerung sorgte, war zum einen die Tatsache, daß Leistungen, die die Mehrkosten verursachten, nicht in der Ausschreibung des Salzkottener Architekturbüros enthalten waren, obwohl sie nach Auffassung des Stadtbauamtes von vornherein notwendig gewesen waren. Zum anderen waren die Politiker verstimmt darüber, daß einige dieser Arbeiten vom Architekturbüro in Auftrag gegeben wurden, ohne die Stadt rechtzeitig darüber zu informieren. Denn die Ver-

gabe dieser Arbeiten hätte durch die entsprechenden Fachausschüsse erfolgen müssen.

Besonders heiß diskutiert wurden aber Mehrkosten von knapp 10 000 Mark für Elektroinstallationen, die nach Auffassung verschiedener Ausschußmitglieder nun nicht unbedingt erforderlich gewesen wären. Diese Arbeiten ließ das Architekturbüro auf Wunsch der Lehierschaft ausführen, ohne vorherige Rücksprache mit der Stadt. Aus den Reihen der Oppositionsfraktionen wurde denn auch beantragt, diese Ko-

sten nachträglich nicht zu genehmigen, sondern der Firma Breithaupt aufzuerlegen. Der Antrag wurde jedoch mit den Stimmen der CDU mehrheitlich abgelehnt.

Architekt Klaus Breithaupt versteht die ganze Aufregung nicht. Gegenüber der NW räumte er zwar „Formfehler“ ein, verwies aber gleichzeitig darauf, daß der Kostenrahmen insgesamt nicht nur eingehalten, sondern sogar unterschritten worden sei. Breithaupt: „Man soll doch, bitte schön, die Kirche im Dorf lassen.“

CDU will keine Machtdemonstrationen...

Den Ratsmitgliedern wurde eine Arbeitsvorlage in die Hand gegeben – der Ausschuß Jugend und Sport war betroffen.

Aus der Vorlage war ersichtlich, daß es sich um die Fertigstellung eines Sportplatzes in Schwelle handelte. Durch den angegebenen Eigenleistungen war das Projekt angesichts der angespannten Haushaltslage durchaus zu vertreten. Zwar gab es Kritik der Grünen an der Berieselungsanlage, deren Kosten über 40 000 DM betragen, aber mit den Stimmen der CDU sind solche hohen Ausgaben – ob sie nötig sind oder nicht – machbar. Wenn die "Christdemokraten" es so wollen...

Nun ist die Ratsarbeit (besonders die

Vorbereitung) sehr zeitaufwendig, besonders für die Neulinge im Rat, besonders frustrierend ist aber die Erkenntnis, daß sie unnötig war. Dies konnten wir in diesem Ausschuß feststellen. Nachdem wir eine Stunde lang über diesen Sportplatz diskutiert hatten, stellt sich mehr durch Zufall heraus, daß der Platz bereits fertig war – der Rasen war schon eingesät. Die CDU, ihrer Macht bewußt, demonstrierte die se dann mal wieder, indem sie der Fertigstellung vorzeitig zustimmte.

Machtdemonstrationen sollte es nicht mehr geben, wußte ein Zeitungsartikel von der CDU nach der Kommunalwahl zu berichten – sie hätten aus der Wahlschlappe gelernt. Wirklich ?

5



Für Abfallberatung kein Bedarf? Die Container an der Salzkottener Stadthalle sprechen eine andere Sprache!

Abfallberater: Kein Bedarf ?

Wir erinnern uns: Bei der Beratung des Haushalts 1990 war die Fraktion der Grünen die einzige, die schon für dieses Jahr auf eine halbe Stelle eines Umweltberaters drängte. Die Begründung. Auch bei aller Finanzknappheit ist die Einstellung eines solchen Fachmannes oder einer Fachfrau eine Zukunftsinvestition, die spätere teure Umweltreparaturen vermeiden hilft. Wie viel teurer im Umweltbereich Heilen statt Vorbeugen ist, zeigt sich doch inzwischen an allen Ecken und Enden. Abwasser muß gereinigt, Trinkwasser aufbereitet, mit Schadstoffen kontaminierter Boden für Unsummen "entsorgt" werden.

Doch nicht alle Ratsparteien in Salzkotten denken so weit voraus. So verzichtete die SPD, die noch im Wahlkampf lautstark ein eigenes Umweltamt für Salzkotten gefordert hatte, schon im Vorfeld der Haushaltsdebatte kampfflos freiwillig wieder darauf: das könne aus Kostengründen zur Zeit nicht

verantwortet werden. Und daß die CDU lieber neue Spotplätze und Sportheime baut, weil das kurzfristig Stimmen bringt, statt langfristig in Umweltschutz zu investieren, ist leider nicht neu. Der Grünen-Antrag wurde also mehrheitlich abgelehnt. Nun wurde kürzlich das Abfallwirtschaftskonzept des Kreises im Sälzer Umweltausschuß diskutiert. Der Kreis hat am 24.4.1989 beschlossen, die Aufgabe der Beratung über Möglichkeiten der Vermeidung und Verwertung von Haushaltsabfällen auf die Städte und Gemeinden zu übertragen. Das heißt im Klartext: Der Kreis empfiehlt Salzkotten, einen Abfallberater einzustellen. Und der hat zum Teil genau das Aufgabengebiet, das auch der von den Grünen geforderte Umweltberater haben sollte. Wie notwendig Abfallvermeidung künftig allein schon aus Kostengründen ist, macht Kreisvertreter Schwanitz im Umweltausschuß deutlich. Zur Zeit liegen die Entsorgungskosten beim Müll bei weniger als 5 Dm pro Einwohner. In etwa 7 bis 8 Jahren werden sie auf 20 DM gestiegen sein. Und das betrifft nur die Kosten, die auf Kreisebene entstehen. Dazu kommen dann noch die bei der Stadt

anfallenden Kosten, die ebenfalls über die Gebühren letztendlich immer den Bürger treffen.

Also: Selbst wenn die Kosten für einen städtischen Abfallberater über jede einzelne Mülltonne mitbezahlt werden müssen - die Beratung hilft den BürgerInnen, ihre Müllmenge zu verringern und damit künftige Kosten aufzufangen. Das Geld ist also gut angelegt.

Für die CDU sind solche Investitionen offenbar überflüssiger Luxus, den man sich nur bei vollen Kassen leisten sollte. Ihr reicht als Alibi eine Beraterstelle beim Kreis. Außerdem konnten sich die Sälzer Christdemokraten gar nicht so recht vorstellen, was denn ein solcher Berater eigentlich macht. Für sie ein Grund mehr, keinen zu wollen.

Bauausschuß sollte "ganz nebenbei" über 30 Hektar mehr Golfplatz beschließen

Es ist schon mehr als merkwürdig, in welcher Art und Weise den Salzkottener KommunalpolitikerInnen manchmal Themen "untergejubelt" werden. Ein Beispiel dafür: Die Sitzung des Bauausschusses im April. Zwar sind es Ausschußmitglieder schon gewohnt, auch über wichtige Bauanträge und Bauvoranfragen nur eine Zwei-Zeilen-Vorlage zu bekommen, aber was sich hinter dem Punkt "Neubau eines Clubheimes für den Golfclub Paderborner Land" verbarg, merkten die anderen Parteien erst nach mehrmaligem energischen Nachfragen der Grünen: Mit dem Clubheim sollte gleichzeitig eine erhebliche Erweiterung der Golfanlage in Thüle abgesegnet werden - von 23 auf 53 Hektar!

Die Thüler Golfer hatten bereits mehrfach einen Antrag auf Erweiterung gestellt, waren aber immer wieder gescheitert, weil sie in den Thüler Wald vorstoßen wollten. Jetzt hatten sie einen Erweiterungsplan vorgelegt, der sich über landwirtschaftliche Flächen erstreckte. Diese Änderung muß in den Flächennutzungsplan der Stadt aufgenommen werden. Und genau diese Empfehlung sollte der Bauausschuß ganz beiläufig mitgeben, wenn über das Clubheim entschieden würde - obwohl in der Ausschußsitzung der Erweiterungsplan erstmals vorgestellt wurde.

Dieses zweifelhafte Verfahren, das schließlich sogar von Bürgermeister Konrad Rump bemängelt wurde (nicht aber vom Ausschußvorsitzenden Toni Schröder!), machte der CDU-Fraktion

offenbar nichts aus. Thüles Ortsvorsteher Herrmann Voß machte sich sogar dafür stark, das Clubheim bereits zu genehmigen, auch wenn über die Erweiterung des Platzes noch nicht entschieden würde. Dabei ist vollkommen klar: Das Clubhaus wird immer am Ende der Spielbahnen gebaut - eine Genehmigung des Clubhauses schafft bereits Tatsachen. Ein Bauausschuß, der erst das Clubhaus genehmigt, den dazugehörigen Platz aber nachher ablehnt, würde sich unglaublich machen. Der Ausschuß folgte dieser Argumentation allerdings erst auf mehrere nachdrückliche Hinweise der Grünen.

Kritiklos geschluckt haben die Christdemokraten zudem das Argument des Golfclubs, die Erweiterung ihrer Anlage sei auch aus ökologischen Gründen eine Bereicherung. Nicht alles, was grün aussieht, ist zwangsläufig auch ökologisch! Das zeigen gerade Golfplätze: Nach einer Studie, die die Landesanstalt für Ökologie, Landschaftsentwicklung und Forstplanung veröffentlichte, werden Golfplätze fast doppelt so intensiv mit Dünger und Pflanzen "schutz"mitteln behandelt wie Flächen in der normalen Landwirtschaft. Die Flächen für den Elitesport müssen nämlich je nach Spielbahn ganz bestimmte Graslängen einhalten und dürfen natürlich nicht durch andere Pflanzen "gestört" werden - was hat das noch mit Ökologie zu tun? Beraten wird jetzt über die Golfplatzerweiterung und den Bau des Clubheimes in der nächsten Bauausschußsitzung am 14. Mai.

B1 neu: 19 Fragen - keine Antworten

Um eine breite und sachliche Diskussion zur neuen Umgehungsstraße führen zu können, hat die Fraktion der Grünen die Stadtverwaltung um Informationen zur B1 neu gebeten. 19 Fragen zu Themen wie die zu erwartenden Kosten, der Flächenbedarf und der Lärmpegel, die geplanten Lärmschutzmaßnahmen, die Möglichkeit, Schwerlast- und Militärverkehr aus der Innenstadt zu verbannen und die Beteiligung von Umweltverbänden an den Planungen wurden an die Stadt gerichtet.

Obwohl der Verwaltung einen Zeitraum von sechs Wochen zur Beantwortung der Fragen einberäumt wurde, erfolgte bis jetzt noch keine Antwort. Die Grünen meinen, daß alle Fragen, die im Zusammenhang mit der Umgehungsstraße stehen, in die öffentliche Diskussion gehören. Besonders der Lärmschutz, die Umweltproblematik und die Kosten sind bisher kaum erwähnt worden. Es ist sicher an der Zeit, eine Einwohnerversammlung einzuberufen, um unter anderem die oben erwähnten Fragen zu beantworten und durch weitere Informationen eine



Diskussion innerhalb der Bevölkerung in Gang zu bringen. Daß die Antworten bisher nicht bei den Grünen eingegangen sind, kann durch Probleme in der Verwaltung (Urlaub, Krankheit) bedingt sein, zwei andere Möglichkeiten erscheinen uns aber wahrscheinlicher. Entweder kann man die Fragen nicht beantworten - oder will es (noch) nicht. Beides ist wohl nicht im Sinne der Salzkottener BürgerInnen.

Gleichstellung à la Salzkotten

Wenn Frauen und Männer sich auf Stellenausschreibungen der Stadt Salzkotten bewerben, sollten bei gleicher Qualifikation die Frauen vorrangig behandelt werden. Besonders, wenn so ein Ungleichgewicht wie im Salzkottener Rathaus besteht (zumindest in den mittleren und höheren Laufbahnen). Falls sich also Frauen und Männer bewerben und nach zahlreichen Auswahlverfahren auch verschiedene Geschlechter übrigbleiben, sollte die Frau erst Recht den Posten besetzen.

Hier in Salzkotten ist das allerdings anders. Wer bekommt die Stelle? - der Mann! So geschehen im Dezember '89 im Hauptausschuß.

Und was sagt die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt, Frau Schmitz, dazu? Nichts, laut Stadtdirektor Potthast, sie hat ihre

Hausaufgaben offensichtlich nicht gemacht. Aber weit gefehlt, Potthast hatte die Ausführungen von Frau Schmitz gar nicht gelesen. Laut einer Stellungnahme, die uns in derselben Sitzung dann vorgelesen wurde, scheint die Gleichstellungsbeauftragte sehr unzufrieden mit dem Ablauf der Einstellungen und ihrem Aufgabengebiet zu sein. Sie hat keine Möglichkeit, bei der Stellenvergabe einzuschreiten, denn ihre Aufgabenbeschreibung lautet: Beobachten und Empfehlen, was ja nicht gerade weltbewegend ist. Wofür braucht Salzkotten dann solch eine Gleichstellungsbeauftragte? Als Alibi, weil andere Städte auch eine haben? Als frauenpolitisches Feigenblatt der CDU?

Teurer als die Polizei erlaubt

Der Beschluß des Rates Salzkotten, das alte Bahnhofsgebäude zu kaufen, um daraus ein Polizeimuseum zu machen, bedeutet für die Stadt ein finanzielles Risiko, das bei den optimistischen Darstellungen von CDU und Verwaltung regelmäßig ausgeklammert wird. Die Rede ist lediglich von 300 000 DM Kosten (hauptsächlich für den Kauf), zu denen es 50 % Landeszuschuß gibt. Auf der Stadt bleiben aber vorraussichtlich mehr hängen als 150 000 DM.

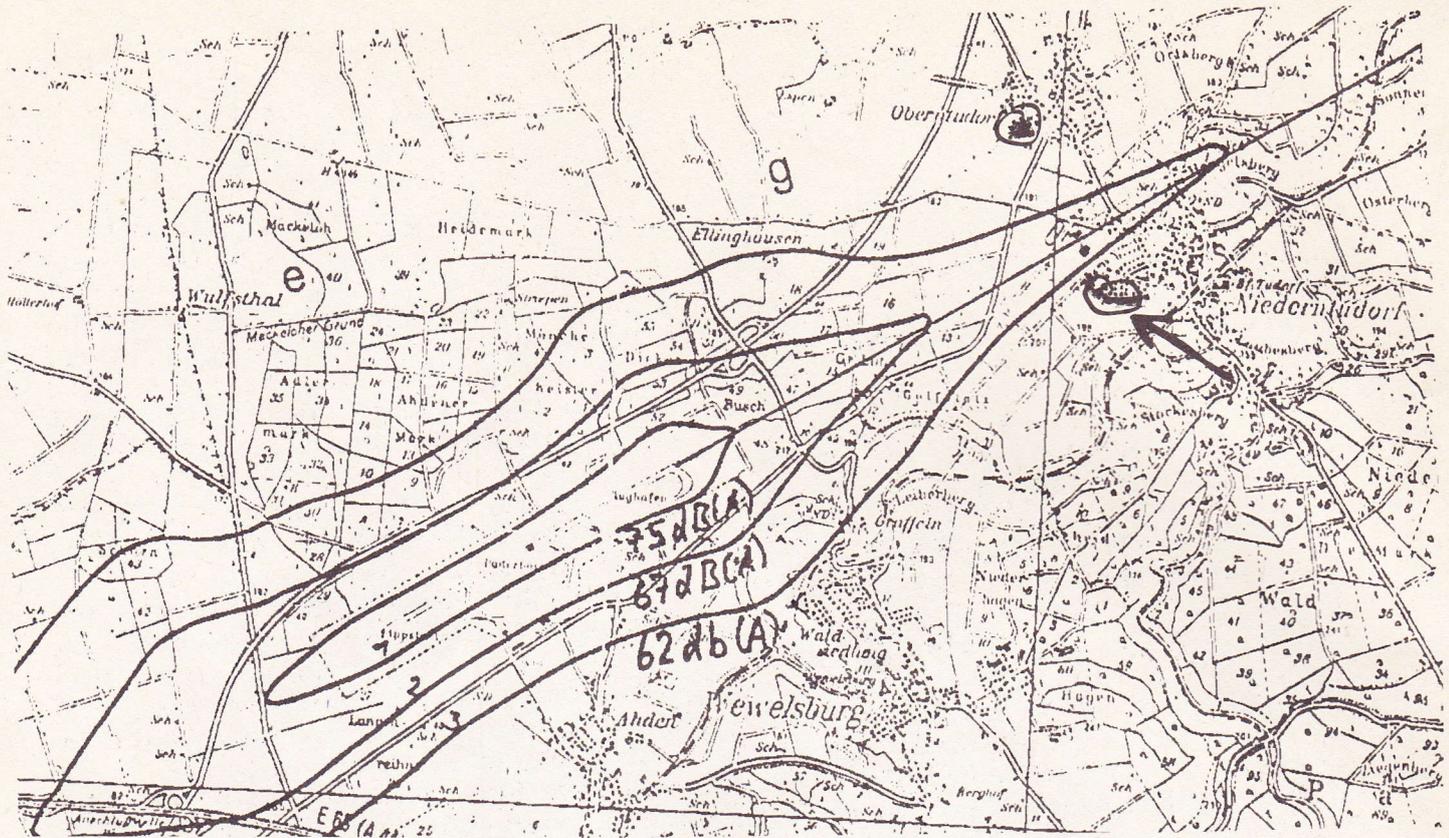
Der Verein "Polizeigeschichtliche Sammlung" Paderborn, der die Federführung bei den Verhandlungen mit der Stadt übernommen hat, rechnet ganz offensichtlich mit weiteren Finanzspritzen aus der Salzkottener Kasse. Das geht unter anderem aus einem Finanzierungskonzept hervor, in dem der Verein Kosten für Erstellung und Unterhaltung sowie Möglichkeiten der Finanzierung durchrechnet. Allein bei der Erstellung des Polizeimuseums im alten Bahnhof ergibt sich - bedingt durch Renovierungskosten, die mit 400 000 DM recht optimistisch geschätzt sind - eine Finanzierungslücke. Und die ist nach Abzug von Stadt- und Landeszuschuß immer noch mit 315 000 DM angegeben. Bisher ist nicht klar, wer diese Kosten übernimmt. Für die laufende Unterhaltung (unter anderem für eine hauptamtliche Halbtagskraft) wird mit weiteren 70 000 DM jährlich gerechnet. Der Finanzierungsvorschlag des Vereins sieht an erster Stelle eigene Mitgliedsbeiträge vor - der Verein hat zur Zeit ganze 54 Mitglieder, die bei 25 DM pro Nase und Jahr gerade 1350 DM aufbringen können. Bereits an zweiter Stelle wird eine laufende Unterstützung durch die Stadt Salzkotten genannt, den Rest erhofft man durch Sponsoren, Spenden und Eintrittsgelder hereinzubekommen. Die Salzkottener Grünen haben das Polizeimuseum schon mehrfach als reines Prestigeobjekt bezeichnet, das sich die Stadt bei der augenblicklichen finanziellen Lage einfach nicht leisten darf. Aber auf der einen Seite werden wichtige Investitionen wie die Stelle eines

Umweltberaters aus Kostengründen abgelehnt, auf der anderen Seite haben CDU und SPD keine Hemmungen, 150 000 DM für ein Polizeimuseum rauszuwerfen. Allein von diesem Geld könnte die von den Grünen geforderte halbe Stelle eines Umweltberaters vier bis fünf Jahre lang finanziert werden.

Bei den Etatberatungen hatte Stadtdirektor Potthast ein Argument pro Museum parat, mit dem er offensichtlich die Gegenargumente der Grünen aufzuweichen gedachte: die Stadt sei vor allem an dem Bahnhofsgebäude interessiert, weil dort mal ein OPnibusbahnhof eingerichtet werden soll. Sie müsse das Gebäude mitkaufen, weil sich die Bahn auf ein getrenntes Geschäft nicht einlasse. Tatsache ist aber: Mitte letzten Jahres, als der Sälzer Rat überstürzt versuchte, mit dem Projekt Polizeimuseum in das Landes-Förderprogramm zu kommen, war davon überhaupt nicht die Rede. Als bereits in öffentlicher Sitzung von 300 000 DM Kosten gesprochen wurde, hatte noch nicht ein einziges Gespräch mit der Bundesbahn über den Verkauf stattgefunden.



M



Warnungen von allen Seiten - doch Stadt will Baugebiet in Flughafennähe

Unverantwortlich, aber wahr: die Stadt Salzkotten will in Niederntudorf in unmittelbarer Nähe der Lärmzone C des Flughafens Paderborn-Lippstadt ein neues Baugebiet ausweisen - ein Vorhaben, bei dem die Luftfahrtbehörde, die Bezirksregierung und sogar die Betreibergesellschaft des Flughafens Bauchschmerzen haben. Nicht so CDU und SPD im Salzkottener Bauausschuß - die interessiert nur, wie die Stadt eventuellen späteren Schadenersatzforderungen ausweichen kann, wenn der Fluglärm weiter zunimmt.

Und das steht doch schon jetzt fest, da es erklärtes Ziel der Landesregierung ist: Das Fluggastaufkommen soll in Ahdert bis zum Jahr 2000 verdoppelt werden auf etwa 300 000 Passagiere. Klar, daß das nicht lautlos vor sich geht. Leute, die heute dort bauen wollen, sind in der gleichen Situation wie diejenigen, die vor etlichen Jahren dort gebaut haben und sich heute zu Recht über den Krach beklagen. Sie können nicht abschätzen, was

noch auf sie zukommt.

Es ist also nicht ausgeschlossen, daß diese Hausbesitzer später die Stadt verklagen werden. Und es ist auch nicht völlig ausgeschlossen, so machte Bauamtsleiter Deppe dem Bausauschuß klar, daß diese Kläger sogar vor einem Gericht Recht bekommen - selbst wenn die Stadt jeden Grundstückskäufer ausdrücklich auf die Nähe des Flughafens hinweist.

Die Regionalflughafen GmbH sieht bei einer Bebauung des Gebietes schon heute neuen Konfliktstoff, der die Entwicklung des Flughafens beeinträchtigen könnte. Die Luftfahrtbehörde beim Regierungspräsidenten Münster befürchtet, daß durch die geplanten Erweiterungen die bereits bestehende Konfliktsituation weiter verschärft werden. Und auch ein Vertreter der Bezirksregierung Detmold, der in Salzkotten den Entwurf des neuen Gebietsentwicklungsplanes (GEP) erläuterte, bezeichnete es als Nonsense, in Niederntudorf oder Oberntudorf auf die

Lärmschutzzonen zu weiter Wohnflächen auszuweisen. Wörtlich heißt es dazu im GEP: "Die weitere Wohnsiedlungsentwicklung in Niederntudorf kann nicht mehr - wie bisher vorgesehen - nach Norden in Richtung Oberntudorf und auch nicht nach Westen erfolgen, sondern sie muß nach Süden ausgerichtet werden."

Die Salzkottener GRÜNEN haben zu dem Thema auch den stellvertretenden Vorsitzenden der Bundesvereinigung gegen Fluglärm, Rechtsanwalt Winfried Seibert aus Köln, um eine Stellungnahme gebeten. Darin heißt es unmißverständlich: "Unter diesem Gesichtspunkt ist es der reine Wahnsinn, wenn Kommunen mit der Bebauung möglichst dicht an die gerade auf dem Paopier noch zulässigen Zonen drängen. Jeder weiß, daß die An- und Abflugrouten nicht metergenau eingehalten werden und auch gar nicht so genau eingehalten werden können, so daß eben doch auch außerhalb dieser spitz zulaufenden Zonenenden Überflüge mit beträchtlichen Lärmpegeln vorkommen."

Angesichts dieser Stellungnahmen müßte für jeden vernunftbewußten Kommunalpolitiker eigentlich alles klar sein. Die CDU aber will das Baugebiet trotzdem und argumentiert dabei mit so unsinnigen Argumenten wie "sonst können wir Niederntudorf doch einstampfen" (Fraktionsvorsitzender Heinrich

Niggemeierf). Mit "Einstampfen" hat das aber noch lange nichts zu tun, wenn man einen ortsteil lediglich nicht mehr in einer bestimmten Richtung erweitern kann. Die Grünen haben mehrfach betont, daß die Stadt eine Fürsorgepflicht gegenüber ihren BürgerInnen hat: Es geht darum, Schaden von den BürgerInnen und nicht Schadenersatzforderungen von der Stadt abzuwenden.

Verein gegen Flugbelästigung Niederntudorf und Umgebung e.V.

Resolution

Die Forderungen :

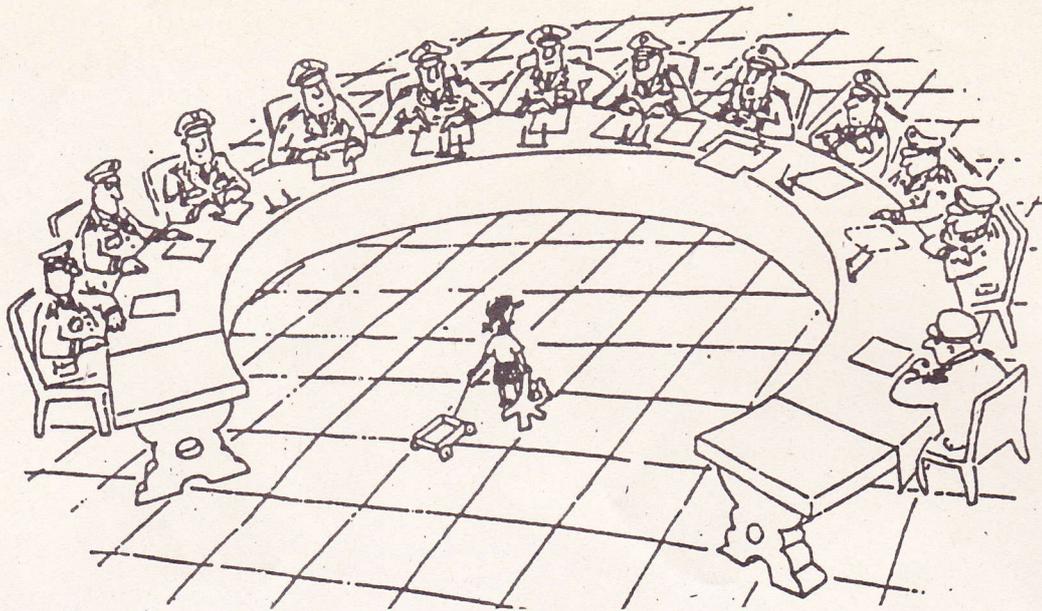
- kein weiterer Ausbau der Start- und Landebahn
- Einhaltung der oberen Start- und Landehöhen
- Einhaltung der festgelegten Platzrunden bei Schulungsflügen
- Einhaltung einer Mittagsruhezeit (Feiertage, Wochenenden) speziell bei der Sportfliegerei / Fallschirmspringer.
- Einhaltung und Beibehaltung des Nachtflugverbotes
- Start- und Landebewegungen über nicht bebautem Gebiet
- kein weiteres Abholzen des lärmschützenden Waldes
- Schallschutz zur Dämpfung des Lärms beim rollenden Verkehr
- keine militärische Nutzung des Flughafens

»Dieser Weitblick phantastisch ?«



Und dann war da noch...

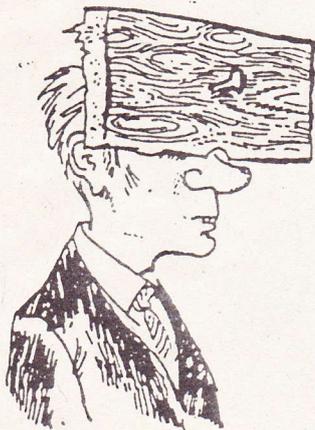
...CDU-Ratsherr Norbert Wieneke aus Verne. Seine Meinung zum Thema Abfallberatung: Das sei doch nicht nötig. Es reiche doch, wenn die Leute etwas mehr Umweltbewußtsein entwickelten. Er selbst scheint da unter einer Unterentwicklung zu leiden. Bei den letzten beiden Wahlsonntagen fuhr Wieneke von seinem Haus an der Verner Hauptstraße mit dem Wagen zum Wahllokal in der Verner Schule - obwohl die Strecke in höchstens drei Minuten zu Fuß zu bewältigen ist. Ja, ja, das Sandkorn im Auge der Andren...



„Und was kann die Versammlung der
Generalstabschefs für dich tun,
mein liebes Kind?“

Grünen-Antrag abgelehnt: Keine Kinderbetreuung bei Sitzungen

Seit den letzten Kommunalwahlen sind die Zuschauerränge im Rathaus während der Rats- und Ausschusssitzungen in der Regel gut besucht, während sich früher allenfalls mal eine handvoll BürgerInnen einfand. Dies zeigt, daß sich die SalzkottenerInnen an bürgernaher Politik durchaus interessiert sind - und auch daran,



auf der Suche nach "zukunfts-
orientierten Gesichtspunkten."

wie sich die von ihnen gewählten PolitikerInnen verhalten. Es könnten aber sicher noch mehr sein, die das Geschehen während der Sitzungen "live" erleben wollen - wenn nicht die Ratsmehrheit einen Antrag der Grünen abgelehnt hätte. Die grüne Fraktion hatte nämlich - zunächst für eine Probezeit, um den Bedarf festzustellen - eine Kinderbetreuung während der öffentlichen Ratssitzungen gefordert - eine Einrichtung, die KommunalpolitikerInnen wie auch ZuschauerInnen gleichermaßen zugute gekommen wäre. Denn viele Frauen (und im Zeitalter der Gleichberechtigung auch manche Männer) haben Probleme, sich für die Dauer der Sitzungen "familienfrei" zu machen. Diese Regelung - praktisch, bürgernah, familienfreundlich - fand ausgerechnet bei der Partei keine Zustimmung, die sich immer als besonders familienfreundlich darstellt: bei der CDU. Das sei privat, durch

den Weg der Nachbarschaftshilfe, zu regeln, so Upsprunges Ortsvorsteher Humpert. Aber auch Teile der SPD stimmten gegen des Antrag der Grünen.

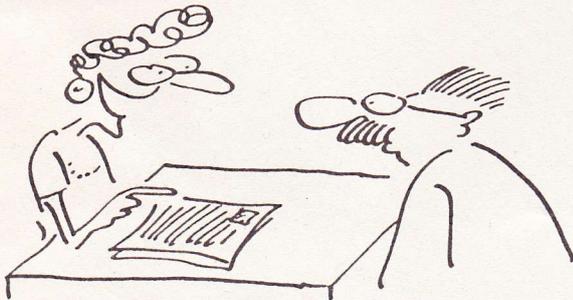
Bemerkenswert in dem Zusammenhang der Fraktionszwang innerhalb der CDU: CDU-Ratsfrau Maria Jankowski, die bei der Abstimmung ihre Hand zum JA schon fast oben hatte, ließ sie nach einem Seitenblick auf ihre FraktionskollegInnen wieder sinken. Schade, wenn, das einheitliche Abstimmungsergebnis mehr bedeutet als Einsicht und Vernunft.

Der Grünen-Antrag wurde also abgelehnt, obwohl sich auf den

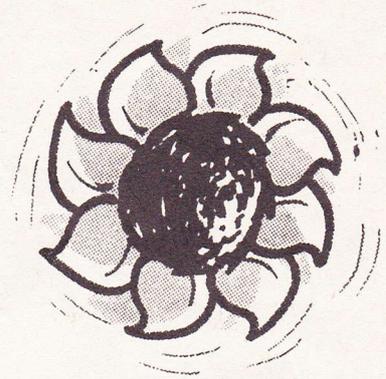
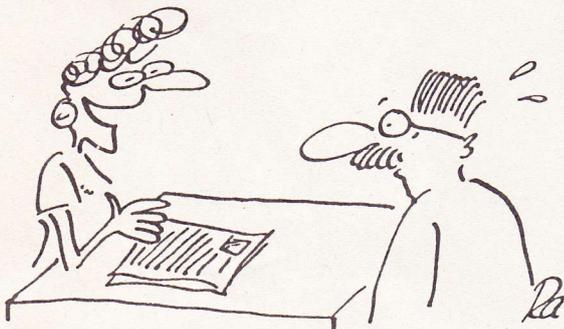
Zuschauerbänken einige Salzkottener mit ihren Kindern eingefunden hatten, um die Notwendigkeit einer Kinderbetreuung während der Sitzungen zu unterstreichen. Die

Grünen haben auf ihren Antrag hin allerdings so viel positives Echo aus der Bevölkerung erfahren, daß diese Idee nicht sang- und klanglos untergehen sollte. Wer also Interesse daran hat, eine Kinderbetreuung während der Ratssitzungen in Anspruch zu nehmen und zu unterstützen, sollte sich melden bei: Jürgen Kemper, Schützenstr. 1, 4796 Salzkotten, Tel.:8332.

...Andererseits kann ich Ihnen aufgrund der neuen Quotenregelung...



... einige interessante Jobs im Bereich der Gebäudereinigung anbieten!



Rettungswesen in Salzkotten

Wie wir bereits in unserer Brennessel Nr.5 gemeldet haben, ist die Rettungswache des örtlichen Krankenhauses nachts nicht besetzt. Erfreulich ist, daß sowohl CDU als auch SPD unsere Zeitung so gründlich lesen. Denn plötzlich hat jeder dieses Problem schon vorher angepackt. Wir wollen hier nicht um Urheberrechte streiten - Die Hauptsache ist, daß die Versorgung der Salzkottener Bevölkerung in nächtlichen Notfällen neu geregelt wird, und zwar mit Unterstützung aller Ratsfraktionen. In diesem Sinne Hals- und Beinbruch!

Grüne im Rat Salzkotten

Michael Morth
Westring 96
4796 Salzkotten
Tel.: 3023

Mitglied im Kultur- und
Denkmalpflegeausschuß;
Umweltschutz-, Landschaftspflege-
und Friedhofsausschuß;
Werksausschuß
beratendes Mitglied im Bürger- und
Steuerausschuß

Elisabeth Rottmann
Hauptstraße 49
4796 Salzkotten-Verne
Tel.:1776

Mitglied im Haupt-, Finanz-, Personal-,
und Feuerwehrausschuß; Bau-,
Planungs-, und
Wirtschaftsförderungsausschuß;
Kanal-, Klärwerks-, und
Badausschuß;
beratendes Mitglied im
Rechnungsprüfungsausschuß

Barbara Süwolto
Binnere Straße 11
4796 Salzkotten-Upsprunge
Tel.:1719

Mitglied im Kindergarten-, Familien-,
und Sozialausschuß; Schulausschuß;
Jugend- und Sportausschuß

Termine + Termine

Rat- und Ausschusssitzungen der
Stadt Salzkotten:

- 14. Mai Bauauschuß
- 17. Mai Sozialausschuß
- 21. Mai Haupausschuß
- 22. Mai Schulausschuß
- 29. Mai Jugend- und Sportausschuß
- 11. Juni Ratssitzungen

SCHLAGFERTIG

Müll vermeiden statt Müllverbrennung

NRW droht im Müll zu ersticken. Die Landesregierung hat kein Konzept zur Müllvermeidung und setzt statt dessen auf noch mehr Müllverbrennungsanlagen.

Der Müll unserer Wegwerfgesellschaft wird immer giftiger. Deshalb setzen Müllverbrennungsanlagen hochgiftige Substanzen frei und schaffen neue Deponieprobleme: Schlacke, Filterstäube und giftigen Sondermüll.
DAS IST DER FALSCH WEG.

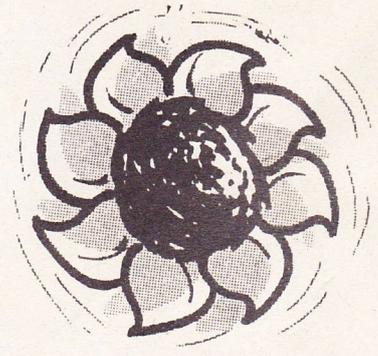
Die Alternative heißt: Wirksame Vermeidungs- und Verwertungsstrategien wie Verpackungsabgabe, Ausstieg aus der Chlorchemie und PVC-Verbot.
DAS GEHT NUR MIT UNS.

Idee/Gestaltung: GIP/Köln



**NRW BRAUCHT
BEWEGUNG!**

DIE GRÜNEN



IMPRESSUM

Herausgeber: Die Grünen,
Ortsverband Salzkotten

V.i.S.d.P.: Elisabeth Rottmann,
Hauptstr. 49, 4796 Salzkotten-Verne

Redaktion: Elisabeth Rottmann,
Barbara Süwolto, Jürgen Kemper,
Dirk Foitlänger, Ralph Diermann

Druck: Paderborner Initiative
gegen Arbeitslosigkeit (Pigal),
Bahnhofsstr. 64, 4790 Paderborn

Auflage: 3000 Stück